

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.00 RM. frei ins Haus, ein allehlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbilder“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Anzeigen werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entfallen der Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Plakate, Fotovorschrist und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Offerten und Aufträge beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkontos Frankfurt am Main Nr. 24771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 11

Sonntag, den 24. Januar 1932

25 Jahrgang.

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die französische Politik, erläutert durch die Programm-erklärung Davals in der Kammer, hatte in den letzten Tagen zwei Aufgaben: sie erstrebte einmal die Vertagung einer wirklichen Reparationsentscheidung, zum anderen bemühte sie sich darum, die „Gefahren“ einer völligen Streichung der Tribute aufzuzeigen. Die Arbeit war dabei sorgfältig aufgestellt. Um die Vertagung bemühte sie sich mit gutem Erfolg — wie der Bericht auf die Eröffnung der Lausanner Konferenz am 25. Januar zeigte — vornehmlich die Diplomatie, die Schilderung der Gefährlichkeit der Tributstreichung dagegen blieb der Pariser Presse reserviert.

Nun ist es zwar höchst schmeichelhaft für uns und unsere Lebenskraft, aus französischem Munde zu hören, wie tollisch die große Nation einem von Tributlasten befreiten Deutschland im freien Spiel der Kräfte auf den Weltmärkten unterliegen muß, aber vergessen wir nicht, daß der französische Ministerpräsident Daval ähnliche Feststellungen nicht deshalb gemacht hat, weil er damit die innere Schwäche seiner heimischen Wirtschaft dokumentieren wollte. Die Franzosen geben vielmehr davon aus, daß die deutsche Industrie unter „günstigeren“ Bedingungen arbeitet als ihre eigene!

Deutschland, so rechnet man uns in Paris vor, habe zwar Reparationen zu leisten, was andere Länder nicht brauchen, dafür habe das Reich in der Inflation aber auch seine inneren Schulden verloren, für die es nun die Zinsen und Tilgungsraten einpaise. Während heute jeder Engländer eine innere Schuld von 300 Pfund Sterling auf dem Buckel trage und auch jeder Franzose von der Wiege bis zum Grab unter immerhin noch 65 Pfund achte und stöhne, betrage die innere Schuld Deutschlands ganze acht Pfund pro Kopf der Bevölkerung.

Sei es, daß man von der Richtigkeit dieser Statistik selbst nicht völlig überzeugt ist oder liegt es daran, daß man in Paris nach dem Volkswort handelt, doppelt genügt hält besser, jedenfalls hat man sich mit den obigen Zahlenbeispielen nicht begnügt, sondern noch eine zweite Rechnung aufgemacht, eine Zusammenzählung der Kriegsschulden und der Rüftungsausgaben. Das Ergebnis: die Kriegsschulden bzw. Reparationen und die Rüftungsausgaben zusammen belasten die deutsche Bevölkerung mit 36 Mark pro Kopf, die französische mit annähernd 60 und die englische mit rund 100 Mark.

Wollte auch hier wieder ist Deutschland der „Begünstigte“, Frankreich stark benachteiligt und England ganz leicht gestellt. Schade, daß wir in Deutschland von dieser günstigen Lage unserer Wirtschaft bisher rein gar nichts bemerkt haben, sondern im Gegenteil davon überzeugt sind, daß die deutsche Wirtschaft mit einer schweren Hypothek vorbelastet ist. Sollte die französische Rechnung vielleicht doch nicht stimmen, sollte sie nur deshalb aufgemacht worden sein, um England mit dem Gespinnst der deutschen Konkurrenz zu schrecken und für die französische Politik einzufangen?

Und in der Tat ist es so. Wie General Bourgeois im Auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer die deutschen „Geheimrücklagen“ von 1932 ausgerechnet mit Beispielen aus den Befreiungskriegen von 1813 betrachtet wollte, so will hier die französische Tributpropaganda die Stimmung der Vorkriegszeit in England aufleben lassen. Wir können ganz davon absehen, die in der französischen Auffassung angeführten Zahlen auf ihre Richtigkeit hin zu untersuchen, weil diese Rechnung schon deshalb nicht stimmt, als sie außer Betracht läßt, daß England und Frankreich nicht nur Schulden haben, sondern auch riesige Vermögenswerte besitzen. Auf breiteren Schultern aber lassen sich auch größere Lasten tragen! Hiermit verhält es sich im Falle Deutschlands aber ungünstig, weil die Inflation auch das Vermögen breiterer Volksschichten aufgezehrt, die Zinsen in die Höhe getrieben, Steuerquellen zugestrichen und den Staat mit Zahlungen belastet hat, für die Wohlfahrtspflege & B. wie in andere Länder nicht kennen.

Was soll aber der Vergleich der Kriegsschulden und der Rüftungsausgaben? Sollen wir etwa noch stolz darauf sein, das die deutschen Grenzen unzureichend gesichert sind. Wenn den Franzosen, um bei diesem Beispiel zu bleiben, die Ausgaben für die Kriegsschulden und die Rüftungen zu hoch sind, dann steht es ihnen doch frei, durch eine radikale Drolfierung der Rüftungsausgaben der französischen Wirtschaft Luft zu machen!

Für die deutsche Tributfähigkeit aber haben diese Beispiele nicht die geringste Beweiskraft. Sie lassen Größen zusammenfassen, die nicht vergleichbar sind, und sie übersehen, daß Reparationen nach Ansicht aller Sachverständigen nur durch Steuern aufgebracht und unter Verwendung der aus der Ausfuhr erzielten Devisenüberschüsse in das Ausland übergeführt werden können. Unser Ausfuhrüberschuss hat nun zwar im Jahre 1931 die fastliche Summe von 2,57 Milliarden Mark erreicht. Aber selbst diese Reforberzeugung hat nicht ausgereicht, um Deutschland neben der Tilgung und Verzinsung der Wirtschaftsschulden Reparationszahlungen zu ermöglichen.

Die Tributhebung ist somit daran gescheitert, daß die deutsche Ausfuhr nicht ins Unermessliche ausgedehnt werden kann, und zugleich ist auch die innere Inflationsmaße der

Gleiche Sicherheit.

Deutschlands Programm für die Abrüstungskonferenz. / Erklärung des Reichswehrministers.

— Berlin, 23. Januar.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Popolo d'Italia“ legte Reichswehrminister Groener den grundsätzlichen Standpunkt der Reichsregierung auf der Anfang Februar beginnenden Abrüstungskonferenz dar. Minister Groener erinnerte zunächst an den bekannten Ausspruch des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini: „Ist eine rechtliche Gleichheit zwischen den Nationen möglich, wenn auf der einen Seite bis zu den Zähnen bewaffnete Völker stehen und auf der anderen Seite solche, die dazu verurteilt sind, unbewaffnet zu sein?“ und erklärte dazu:

Ich könnte keine besseren Worte finden, um die grundsätzliche Forderung auszudrücken, mit der Deutschland auf die Abrüstungskonferenz geht. Es ist die Forderung der Gleichberechtigung! Wir verlangen für alle die gleichen Methoden der Abrüstung und den gleichen Grad der Sicherheit. Im Jahre 1919 haben sich alle Unterzeichner der Friedensverträge verpflichtet, Deutschland auf dem Wege zu folgen, den es durch seine Abrüstung erreicht hat. Es darf in Zukunft keinen rechtlichen Unterschied mehr zwischen Siegern und Besiegten des Weltkrieges geben; es darf nicht dem einen erlaubt sein, was dem anderen verboten ist.

Auf die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz eingehend, erklärte Minister Groener, Deutschland habe den Entwurf der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht als Grundlage der Abrüstungsverhandlungen anerkennen können, weil dieser Entwurf die Ungleichheit des Rechts zwischen den Siegern und Besiegten nicht aufhebe, sondern verewigen wolle und weil er ferner im ganzen keine Abrüstung bringen würde, sondern nur eine Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes.

Minister Groener fuhr dann fort: „Wenn sich Frankreichs Sicherheitsheile zusammenfassen läßt in das Wort: „Erlaubt Sicherheit, dann Abrüstung!“ so müssen wir ihr den Grundlag gegenüberstellen:

„Durch Abrüstung zur Sicherheit!“

Heute gibt es in Europa keine allgemeine Sicherheit. Zwischen hochgerüsteten Völkern liegen die Nationen, welche nach den Bestimmungen der Friedensverträge abgerüstet sind und dadurch jede Sicherheit verloren haben. Die an Deutschland angrenzenden Staaten können im Kriegsfall nahezu 10 Millionen Mann ins Feld stellen, sie besitzen die größten Mengen von Kriegsgeschützen, Tanks, schwerer Artillerie und die gewaltigste Kriegsinfruktüre, während wir in Krieg und Frieden auf unsere 100 000 Berufsoldaten ohne Reserve, ohne moderne Bewaffnung angewiesen sind.

Tribute im Wege der Steuern miflungen. Denn wie man auch in Basel anerkannt hat, ist die Steuerdrücke in Deutschland so fest angesogen worden, daß ein Fortfahren in dieser Methode, jeder Regierung unmöglich ist. Und damit ist auch die Tributunfähigkeit Deutschlands, auf die Reichstanzler Dr. Brüning in seinen Unterredungen mit den Botschaftern Englands und Frankreichs nochmals hingewiesen hat, gegeben.

Am übrigen braucht man, ohne in den Verdacht zu geraten, in diesen schlimmen Zeiten ein Optimist zu sein, die Gefahr, daß das Reich die am 1. Juli 1931 eingestellten Tributzahlungen in drei, vier oder zehn Jahren wieder aufnehmen könnte, nicht sonderlich groß zu veranschlagen. Die Reparationen sind auch dann tot, wenn Frankreichs Ministerpräsident dabei beharrt, sein Land habe einen gesetzlichen Anspruch auf Reparationen. Der Hauptkampf dürfte vielmehr um die Reidsbahn entbrennen, die auch jetzt noch Tribute zu leisten hat, wenigstens es sie als Kredite prompt wieder zurückerhält. Es ist daher nur zu begrüßen, wenn in den letzten Tagen die weltdeutsche Wirtschaft mit ihrer Eingabe an den Kanzler darauf hinwies, daß die Lösung der Reparationsfrage auch der Reidsbahn die Befreiung von Tributleistungen bringen muß.

Bourgeois hat gelogen.

Scharfe Zurückweisung der französischen Rüftungsmärchen.

Zu den Zeitungsmeldungen über die Berichterstattung des französischen Senats Comards und des Generals Bourgeois im Auswärtigen Ausschuss teilt das Reichswehrministerium u. a. mit:

In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug über das Thema angeblicher deutscher Geheimrücklagen stellen die Behauptungen des Generals Bourgeois und des Senats Comards einen Gipfelpunkt dar.

Nach diesen Behauptungen soll Deutschland im Widerspruch zum Völkerrecht ein mächtiges Heer organisiert haben. Dies wird damit begründet, daß eine große Anzahl

Dieser Zustand ist es, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt! Deutschland hat aber das Recht auf die gleiche nationale Sicherheit wie jedes andere Land.

Die Staatsmänner, welche den Verfasser Vertrag geschaffen haben, haben ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland das Recht habe und die Möglichkeit haben müsse, sein Land zu verteidigen. Wie soll aber das in zwei Teile gerissene Deutschland seine offenen und unbefestigten Grenzen gegen die gewaltigen Streitkräfte seiner westlichen und östlichen Nachbarn schützen? Daher fordern wir die allgemeine Abrüstung bis auf den in den Friedensverträgen festgesetzten Stand. Ein neues Verträgen würde die Welt zur Vernichtung treiben.

Nur die allgemeine gleiche Abrüstung kann die Welt zu friedlicher Arbeit vereinen.

Deutschlands Abrüstung ist vor aller Welt festgestellt worden. Der deutsche Wehrhaushalt hat seit dem Kriege stets nur einen kleinen Teil von dem betragen, was andere Staaten für ihre Rüftungen ausgegeben haben, und ist seit 1928 ständig gesunken. Es ist völlig unnötig, zu glauben, Deutschland habe in den wenigen Jahren seit 1927 im geheimen eine neue Kriegsrüstung geschaffen können!

Im weiteren Verlauf der Unterredung fragte der italienische Journalist den Reichswehrminister noch, was er von den Gerüchten über eine Inoffiziellion halte. Minister Groener erwiderte:

Ich kann nur sagen, daß ich alle Gerüchte hierüber für falsch halte. Ich halte es auch für ausgeschlossen, daß sich im Völkerbundsrat eine Mehrheit für einen Beschluß finden würde, welche dem großen Grundfrage der Gleichberechtigung, auf dem Völkerbund beruhet, derartig ins Gesicht schlägt! Eine Methode, die nur dazu geschaffen ist, die Besiegten des Weltkrieges weiter niederzuhalten und zu entrecht, kann heute nicht mehr angewandt werden. Nur solchen Bestimmungen, die gleichmäßig für alle gelten, kann sich eine große Nation unterwerfen.

Zum Schluß erklärte Minister Groener: „Ich kann mit Freude feststellen, daß Deutschland mit den italienischen Auffassungen über die Abrüstung weitgehend übereinstimmt. Wir danken Italien besonders, daß es den Grundlag der Gleichberechtigung laut verkündet hat. Ich hoffe, daß Staaten und Deutschland zu einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz zusammenarbeiten können, denn sie sind sich einig in dem Gedanken, daß eine wirkliche und radikale Abrüstung notwendig ist.“

von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausscheidet, um Platz für Rekruten frei zu machen, weiter damit, daß zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Deutschland sei dadurch inlande, im Kriegsfall eine starke „Stoßarmee“ aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte der neuen Einheiten mit Angehörigen der alten Wehrmacht geweckt werde.

Diese Behauptungen sind erlogen!

Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Diktats von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten. Kein Unteroffizier scheidet aus der Reichswehr vor Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit aus; es ist denn, daß besondere geistliche Gründe (Dienstunfähigkeit usw.) zu vorzeitigem Auscheiden zwingen. Die Zahl der aus diesen besonderen Gründen ausscheidenden Soldaten übersteigt jährlich in keinem Fall die in Versailles festgelegte Quote von 5 v. H. der Gesamtstärke. Eine Ausbildung von Offizieren in verbotenen Schulen ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt wird und weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt. Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist.

Wenn General Bourgeois von einer deutschen „Stoßarmee“ gesprochen hat, so verwechselt er diese ansehend mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armée de couverture“. Da diese eine vorausgesetzte Kriegsstärke von über 1 1/2 Millionen Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres in Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt, so ist nicht einzusehen, wie der nur dem Zweck der Kameradschaft dienende Verkehr von Angehörigen der Reichswehr mit Soldaten der alten ruhmreichen Wehrmacht die Sicherheit Frankreichs gefährden kann.

Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Großindustrie auf Kriegsfertigkeit spricht, so ist darauf zu erwidern, daß keine Industrie, keine Fabrik und kein deutscher Arbeiter sich so schnell auf Kriegsfertigkeit umstellen kann, wie die mächtigen französischen Bombenfabriken das jeden Luftschutes entbehrende deutsche Gebiet überfliegen können.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg, den 28. Januar 1982
Geht mit Unterschriften.

[illegible]

12 Jahre als geschäftsfähiger Mensch (mindestens 12 Jahre) seine Unterfchriſt unter einen Vertrag, ein Anerkenntnis, eine Quittung, eine Kündigung oder sonstige Willenserklärung ſetzt, der muß ſich zuvor überlegen, ob er auch ſich will, was er unterſchreiben ſoll, ob er die Bedingungen, die er übernehmen ſoll, auch für die vorgeſetzte Zeit wird erfüllen können und ob das Schriftstück ihm vorliegt, auch klar und deutlich das und nicht mehr als er mit ſeinem Vertragsgegner in den Vorverhandlungen abgeprochen hat. Durch keine Redensarten, auch ſo ſchlimm nicht kommen und das Gewünſchte bekommen, darf man ſich von erſter Überlegung ablaſſen, denn gerade die „Formlaſche“ ſchafft ja die Sicherheit, Drängt der andere auf Unterſchrift, dann erſt recht am Plage, ſich den Inhalt des Schriftstückes anzueignen, denn wer es ehrlich meint, wird wünſchen, ſeinen Vertragsgegner ſeinen Willen überlegt. Lieber ſich Tage Bedenkzeit als eine vorzeitige Unterſchrift. Lieber eine Annehmlichkeit verzichten (Zunſtger, teure Bücher) als Verpflichtungen eingehen, die über die eigenen Verhältnisse hinausgehen. Der Kaufmann, der mit ſeinem Vertragsgegner um Gewinn ſpekuliert, mag es anders tun; der ſolennen Hausvater ziemt es, ſeine Unterſchrift nicht leicht herzugeben.

Der Zweck des polizeilichen Zwangsgelezes. Wie der deutsche Breuchliche Prebedienst mittelt, weist der preussische Minister des Innern im Interesse einer einheitlichen Handhabung in einem Kundentafel darauf hin, daß das durch die Polizei-Verwaltungsgesetz vom 1. 6. 1931 eingeführte Zwangsgeleze ausschließlich im Sinne eines Beugemittels zur Verhinderung ist und zwar unabhängig davon, ob es durch die Polizeiverordnung oder im Auftrage an eine polizeiliche Behörde angeordnet ist. Die Festlegung des Zwangsgelezes in beiden Fällen den Zweck, diejenigen Personen, die einer Polizeiverordnung oder einer polizeilichen Verfügung ausgetroffenen Gebote oder Verbote nicht befolgt haben, dazu anzuhalten, diesen Geboten oder Verboten in Zukunft nachzukommen. Kommt eine nochmalige Zuwiderhandlung praktisch nicht in Frage, so ist von der Festlegung des Zwangsgelezes, da eine abgrenzende Gefahr im Sinne des Polizeiverwaltungsgesetzes dann nicht mehr gegeben ist,

Deutscher Abend. In der vorigen Nummer dieses Blattes wiesen wir bereits darauf hin, daß die V. V. O., Ostgrüper Spangenberg heute Abend 8 Uhr in der Saale des Ganthauses „Grüner Baum“ einen großen Werbeabend, unter Mitwirkung der Bezirks-S. A. am 30. März stattfinden S. S., Kapelle, Rassel, veranstaltet. Wir von unterrichteter Seite erfahren, ist mit einem Besuch dieser vaterländischen Veranstaltung zu rechnen.

X Jagdbüchse. Die kurbessischen Jagdbüchster und Jäger haben gegen die Verordnung vom 9. November 1932 folgende Einsprüche: Die am 16. Januar 1932 in Rastorf in Rassel in großer Zahl versammelten Jagdbüchster und Jäger Kurbessens erheben einmütigen Einspruch gegen verschiedene Schonvorschriften, andere wegen der Verordnung vom 9. Dezember 1932, die für das Fowlow in Kurbessen eine Sperrzeit einführt, die für den Jagdbüchster nicht verantworten können. Dem Jagdbüchster, der sein Revier der Herrschaft des Kurbessischen Jagdbüchsters verpachtet werden durch nicht zu verbindende Wiltshandlungen in der heutigen Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes zu Enten erreichen. Wir führen uns auf das kurbessische Recht und erwarten Berücksichtigung der Interessen des Jagdbüchsters. Wenn wir um tragen und führenden Altier somit dem eine angemessene Schonzeit wie bisher freiwillig lassen, so müssen wir dennoch auf reflexion der Sperrverordnung bestehen. Am endlich sollen, das die Staatsverwaltung für die Wildnis aufkommen hat, die das aus ihren Revieren stehende Rot- und Schwarzwild in den angrenzenden Revieren verurteilt, wird der Vorstand der Kurbessischen und Jägerbundes gebeten, Ansprüche von Jagdbüchster in geeigneten Fällen im Wege des Zivilprozesses auf Kosten des Bundes durchzuführen.

Nörshausen. Ein tragisches Mißgeschick betraf die Götter Wolfram hiersebst. Die 26 jährige Schwester der Frau Wolfram, wohnhaft zu Netra, weilte Tage hier zu Besuch und erlag plötzlich einem Schlag.

Neflungen. Der Viehbestand des Kreises Neflungen. Viehzählung am 1. Dezember 1931 hatte der Kreis Neflungen folgendes Ergebnis: Pferde 2253 (i. V.), darunter Fohlen 87 (65), „Esel und Maul-

Hier 1 (1), Kinder insgesamt 15112 (14542), davon
 Jünger 1818 (1882), Zuchthauslinge 139 (104), alte
 80 (91), Waise 616 3998 (3924), Räte zur Arbeit und
 Wirtsgemeinnutz 4000 (3868), Schafe 4206 (3134), da-
 von Hämmer, bis 1 Jahr 1027 (1100), Böcke 309 (165),
 Schmelze 27201 (25414) davon Rettei 4994 (5021),
 Zuchter 130 (139) Zuchtschafe 1382 (1546), darunter
 trächtige 814 (979), Jungschweine bis 3 Jahr 10107
 (9011), 1/2-1 Jahr 8864 (7835), Ziegen 5167 (5154),
 davon Hämmer bis 1 Jahr 1078 (949), Böcke 40 (52),
 Federhühn, insgesamt 78505 (55427), davon Gänse 9313
 (9445), Enten 1479 (1555), Geyebenten 56648 (50106),
 Dienvögel 1139 (1267), darunter in Ritten 223 (213).

Voderode. Vor einigen Tagen hat sich hier ein unglücklichstall zugegetragen, der noch Pässige von Zugeln auf Fährlichkeit eines Morortablaßes zurückzuführen ist. Derselbe durchfuhr in rasendem Tempo unser Dorf und erlachte dabei den Knaben Höllein. Durch den Sturz erlitt das Kind eine starke Gehirnerschütterung. Lebensgefahr soll jedoch nicht bestehen.

Stichhäufen. Einen erheblichen Schaden erlitt ein hiesiger Einwohner. Er schlachtete ein 350 Pfd. schweres Schwein das in lebendem Zustand einen burchaus gefunden Eindruck machte. Der Fleischhauker gab jedoch, als das Tier geschlachtet war, das Fleisch nicht frei, sondern forderte eine Untersuchung durch den zuständigen Tierarzt. Bei der Untersuchung in Rassel wurde festgestellt, daß das Fleisch für den menschlichen Verbrauch ungeeignet war. Das Tier wurde der Abdecker in Reichensachsen überwiefen. Der Einwohner hatte das Schwein nicht verkauft.

Rotenburg. Mittwoch abend lehrte der Kaufmann Georg R. nach längerem Fernsein nach Hause zurück. In Abwesenheit seiner Frau drang er über den Hof das Haus ein. Nach Rüdfehr seiner Frau gab er auf diese und auf ihren Schürzenbund nach kurzem Wortwechsel fünf Pistolenschüsse ab. Die Frau erhielt 3 Schüsse in den Oberkörper, die, da der Knochen aufsteckend nicht verlegt ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, qualtigen Natur sind. Der Hund erhielt einen Schuß am Hals. Der Täter wurde alsbald verhaftet, wobei ihm der noch mit 2 Schuß geladene Revolver und eine ebenfalls geladene Scheintobipistole abgenommen wurden. Er befreit bisher jede Tödlungsabsicht und behauptet, nur auf den Hund geschossen zu haben, den seine Frau auf ihn gehegt habe. Die polizeilichen Vernehmungen sind z. Zt. noch im Gange.

Tann. (höhn.) In dem benachbarten Dörlchen
Habel kam es zu einem Streit zwischen dem Erverblöfene
Richter und dem Knecht Rommel. Die beiden waren in
Tann zum Stempeln gewesen und waren dann auf dem
Heimweg in der Gastwirtschaft in Mollartshof eingelehrt.
Dort waren sie bis zum späten Abend sitzen geblieben.
Gemeinsam trafen sie dann den Heimweg an. In Habel
muß es dann in einem Hof, auf dem der Knecht Rommel
war, zu einem Streit zwischen beiden gekommen sein, der
schließlich zu Züchtigkeiten führte. In diesem Streite nach
Rommel den Richter mit einem Messer in die Brust.
Dieser schleppte sich zu seinem Hause drag aber etwa 20
Meter vorher zusammen. Er konnte jedoch um Hilfe
rufen. Man fand ihn schwer blutend. Der von Tann
herbeigekommene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.
Der Tannser Oberlandjägermeister nahm Rommel, der in
diesem Schlafe lag, gleich fest. Nach anfänglichem Leugnen
gestand er dann auch seine That.

Aus Stadt und Land.

* **Lebenssturz im Riesengebirge.** Zwei junge Leute, auf dem Weg von der Erlebachhütte nach der Schneeflocke, gingen nahe der Stangenmarkierung am Rand des sogenannten Schneelos entlang das 500 Meter tiefe. Der eine der beiden, ein 20jähriger Schüler Richard Schirpe aus Jannowitz bei Stralsburg, kam ohne Stiefeln und mit glatten Stiefelsohlen auf der völlig vereisten Schneefläche ins Rutschen, fiel den Abhang hinab und war sofort tot.

* **Tödlicher Grubenunfall** Auf der zwölften Sohle der Zeche Zollverein (Rheinland) im Norden im Revier I, Flöz Anna, ist ein Streckenstück zu Bruch gegangen. Dabei kamen zwei gerade anwesende Grubenbeamte zu Tode, ein Arbeiter wurde verletzt.

* **Zirkus Schneider in finanziellen Schwierigkeiten.** Die finanzielle Lage des teilweise gepändelten Zirkus Schneider in Neapel ist außerordentlich schwierig. Der Inhaber hat verucht, durch Eingreifen des deutschen, österreichischen und scheidlichen Konfils eine Einigung mit den Gläubigern herbeizuführen. Es wird angestrebt, den Zirkus wenigstens eine Zeitlang auf Rechnung der Gläubiger arbeiten zu lassen. Eine große Schwierigkeit besteht in der Herbeischaffung der Nahrungsmittel für die Tiere, die in der letzten Zeit schon nicht mehr ausreichend gefüttert werden konnten und dadurch unruhig und widerpenflich geworden sein sollen. Von den Angestellten und Künstlern des Zirkus sind 80 Tschechen, 60 Deutsche, 30 Oesterreicher und 20 Italiener.

* Die Beisetzung der Königin Sophie von Griechenland. In der Krypta der russischen Kirche in Florenz fand die Beisetzung der Königinmutter Sophie von Griechenland statt. Der von einem Archimandriten nach griechischem Ritus abgehaltenen Totenmesse wohnten u. a. die Königin und der Kronprinz von Italien, der ehemalige König Georg und die Königin von Griechenland, der Herzog und die Herzogin von Aosta, sämtliche griechischen Prinzen und Prinzessinnen, Prinz Alfons von Bourbon, Infant von Spanien, Prinzessin Maria von Danemark, das Prinzenpaar Philipp von Hessen und außer Vertretern der europäischen Herrscherhöfe etwa 140 Mitglieder der Aristokratie und der Behörden von Florenz. In die griechische Flagge gehüllte Sarg der Enkelin wurde neben dem Grab des 1923 verstorbenen Königs Konstantin beigesetzt. Zahlreiche Kränze und Grabspenden füllten die Grabkapelle.

• **Postwagen im Tunnel entgleist.** In dem großen Stadttunnel von Luzern (Schweiz), der von der Reuß zur Halde führt, ereignete sich unter einem Schnellzug ein Schienenbruch, durch den eine hintere Achse des Postwagens, der als zweiter Wagen im Zug fuhr, entgleiste. Da es gelang, den Zug nach etwa 250 Metern zum Stehen zu bringen, wurde ein schweres Unfallschicksal verhütet.

Preussischer Landtag.

Aussprache zur Notverordnung. — Gegen jede neue Steuer.
— Berlin, 23. Januar.

Der Preussische Landtag verabschiedete zunächst ein Gesetz, das die Freiz für das Außerkrattreten der geltenden Vergöllnisseverordnungen um ein Jahr hinausstellt und letzte danach die Aussprache über die preussische Nothverordnungsung fort. Im Verlaufe der Debatte erklärte Abg. Baumann für das Zentrum, seine Partei lehne jede neue Steuer ab.

Abg. Schwarzhaupt (DVP) riefte die Regierung dazu auf, die Sparvorläufe unverzüglich gelassen. Abg. Dr. Hamann (Sag.) erklärte, die Landtag habe die Regierung im Stich gelassen. Abg. Wiester (Dt. Hann.) wies darauf hin, Deutschland müsse mehr als bisher seinen Nahrungsmittelebedarf aus der heimischen Landwirtschaft decken. Nachdem dann noch Abg. Weßler (Dnall.) die einzelnen Bestimmungen der Sparverordnung kritisch behandelt habe, verlagte der Landtag die Weiterberatung auf Sonnabend.

Verordnung und Erntesicherung

Vom Kabinett fertiggestellt. — Reichsbürgerschaft und Vorbereitung.
— Berlin, 23. Januar.

Das Reichskabinett verabschiedete eine Notverordnung zur Entlastigung, die namentlich dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt wird. Es handelt sich um die ordnungsmäßige und rechtzeitige Zuleitung von Düngemitteln und Saatgut an die Landwirtschaft zur Frühjahrsbestellung durch eine auf 90 Mill. RM begrenzte Reichsbürgschaft und eine Vorbereitungsfrist für die seit dem 1. Januar 1932 für diesen Zweck gegebenen oder noch zu gewährenden Kredite.

Durch die Vorerrehtigung wird den Lieferanten von Düngemitteln, anerkannten Originalsaatgut und Abfaalen ein gesetzliches Pfandrecht an den Früchten, auch soweit sie noch auf dem Halme stehen, eingeräumt. Ausgenommen davon sind lediglich die Betriebe im Stillschiegebiet, bei denen ein Sicherungsverfahren eingeleitet ist. Die Umstellung der Stillschiefinanzierung selbst soll auf die nächste Woche verlagert werden.

Höhepunkt im Favag-Prozeß.

— Frankfurt a. M., 23. Januar.

Im Haag-Prozeß äußerten sich Generaldirektor Schmidt und Direktor Heß von der Allianz über die Fusionserhandlungen und die von den Angeklagten gegen die Allianz erhobenen Beschuldigungen. Sie erklärten, niemals sei von der Allianz in irgendeiner Form gegen die Haag-Intriguität worden. Niemand habe sie etwas getan, was die Allianz schädigen könnte.

Laval fährt nach London.

— Paris, 23. Januar.

Wie hier verlaute, wird der französische Zinnherren-Präsident Caval demnächst, zurückkommend auf die frühere Einladung MacDonalds, nach London fahren. Nach dem „Intransigeant“ soll die Reise bereits in acht Tagen stattfinden.

Futterzucker für Pferde, Schweine und Mastochsen

[illegible]

Diplomlandwirt Behrend.

Sport-Ecke.

Spangenberg 2. — Kirchhof 1.

Morgen treffen sich auf dem hiesigen Sportplatz obige Mannschaften zum Freundschaftsspiel. Die Ruchhöfer hat sich gut entwickelt und wird unserer Mannschaft einen starken Gegner vorsetzen. Das Spiel beginnt um 2 Uhr.

Spangenberg 1. — Fortschule 1.

Um 3 Uhr liefern diese Mannschaften ihr Aufpiel.
 Dr. „Großer Mut“ tritt diesmal in der härtesten Besetzung
 an, so daß man auf das Spiel sehr gespannt sein kann.

SPANGENBERGER LICHTSPIELE

Sonntag, den 24. Januar
Montag, den 25. Januar
abends pünktlich 8,15 Uhr



Das Flötenkonzert — in 9 Akten — von Sanssouci

Als Beiprogramm läuft:
Sie werden gleich rasiert! Die Sturmfahrt ums Kap Hoorn.
in 2 Akten. Lehrfilm

— Jugendliche haben Zutritt —

Deutscher Abend.

Am Sonnabend, den 23. Januar 1932 abds.
8 Uhr im „Grünen Baum“

Konzert

der S. S. Kapelle und des Spielmannszuges
aus Kassel.

Ansprachen — Aufführungen — Lebende Bilder
Geschlossene Veranstaltung! Eintritt 0,75 RM.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiterpartei
Ortsgruppe Spangenberg.

Bienenhonig

H. Mohr.

Montag und Dienstag

Kostproben

von Dr. Oetker, Bielefeld bei
Karl Bender.

la. Kernseifen und Feinseifen

besonders billig

Karl Bender.

Leset Euer Heimatblatt!

Gesangverein

„Vedertafel“

Montag Abend 8,9 Uhr

Jahreshaupt- Versammlung

Ueber die Mitglieder, die bis zur
Jahreshauptversammlung, die rich-
tändigen Beiträge von 1930 nicht
bezahlt haben, wird in der Ver-
sammlung Beschluß gefaßt.
Der Vorstand.



Chorverein

„Vedertafel“

Donnerstag abds. 1/2 9 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa,
Landwirtschaft, Gasthof, Bauernhaus.
Sof. Angebote an

P. Melle, Bremen,
Gösselstr. 39

Bauschu?z Blastede

von G. Rohde. Baur. frei.
Polierfuge und Vorbereitung
auf die Weiterprüfung.
1 bis 2 Sem. u. Eisenbetonbau.

Inseriert.

Sonntag, den 24. Januar

Bockbier-Abend

Konzert

ab 8 Uhr

Hotel Heinz.

Klipps Kaffee

H. Mohr.

Tausche u. Verkäufe

laufend

Großschinchilla

Gehegezucht Hoppa
Neumorschen.

Holländer-Vollhering

Neue

H. Mohr.

Wir bieten rührigen Herrn
guten Verdienst
bei Tätigkeit als

Vertrauensmann oder Vertreter

Thuringia A. G. Eisenach
alte deutsche Bausparkasse.

Bewerbungen an: Generalagentur Kassel, Adlische Straße
41. H. durch welche Information erfolgt.

Eine neue Sendung

Ia. Vollheringe

10 Stk. 43 Pfg.

einget. offen

Karl Bender.

Salz in Säcken

off.

H. Mohr.

Hustenbonbons

off.

H. Mohr

Fabrik elektrotr. Apparate

sucht tücht. Vertreter

sowie Propaganda-Dame.

Angebote mit Referenzen an die Geschäftsstelle

Das alte gute

Rüboel

off.

H. Mohr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 24. Januar 1932.

Septuagesima.

Gottesdienst in:

Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Vormittags 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

Elbersdorf.

Nachmittags 1 Uhr: Segensgottesdienst.

Schnelrode.

Nachmittags 1 1/2 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Kirchliche Vereine.

Montag Abend 8 Uhr: Mütterverein

Dienstag Abend 8 Uhr: Jung-Mädchen-Verein

Mittwoch Abend 8 Uhr: Bibelstunde in der Hospitalkirche

Donnerstag Abend 8 Uhr: Jung-Männer-Verein, St. St.

Zucker

Christ nur noch 34

Mehl 5 Pfd. i. Beutel M. Blüte nur 1,— RM.

Margarine 1 Pfd. Tafel Qualität nur 36

„ 1 Pfd. „Altra“ nur 63

Landbutter 1 Pfd. frisch nur 90

Citronen 10 Stk. große Früchte nur 70

Apfelsinen 1 Pfd. süß u. saftig nur 30

26 Stk. Vollheringe-Holländer nur 1,00

Valenzia-Reis

glasiert Ausn. Preis 5 Pfd. nur 1,20

Vollreis . . . 5 Pfund nur 80

Marinaden . . 2 Ltr. Dose von 64

Hansa, Lebensmittelhaus.

Erhalte 1 Ladung

Leinsaat

für Futterzwecke bestens geeignet

off. billig

H. Mohr.